

Ichtershausen: Streit um Straßenausbaubeiträge



In wenigen Wochen sollen die Bauarbeiten in der Levinestraße in Ichtershausen beendet sein. Wie hoch die Ausbaubeiträge für die Bürger sein werden, ist wegen einer ungenehmigten Satzung noch unklar. Foto: Hans-Peter Stadermann

Landrätin will in Kürze mit Vertretern des Amtes Wachsenburg darüber diskutieren, ob neue Satzung genehmigungsfähig ist

Ichtershausen (Ilmkreis). Harte Monate liegen hinter den Anwohnern der Levinestraße in Ichtershausen. Kanalbau- und Straßenbauarbeiten machen es ihnen schwer, ihre Grundstücke zu erreichen. Doch ein Ende der Erschwernisse ist in Sicht. In einigen Wochen schon soll das Bauprojekt beendet werden.

Sind die Bagger abgezogen, geht die Gemeinde ans Rechnen. Denn für die Sanierungsmaßnahme werden Straßenausbaubeiträge fällig. In welcher Höhe, kann der Geschäftsführende Beamte Christopher Steinbrück noch nicht sagen.

"Wir haben bereits im Oktober 2012 eine neue Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen", erklärt er. Diese sieht vor, den Anteil der Bürger an solchen Projekten zu senken, im Gegenzug den der Gemeinde zu erhöhen. Gegen diese neue Satzung hat die Kommunalaufsicht des Kreises aber rechtliche Bedenken angemeldet (unsere Zeitung berichtete).

Das führte dazu, dass die Genehmigung der Satzung vorerst ausgesetzt wurde. Bleibt dies so, bis die Levinestraße fertig ist, müssten die Anwohner Ausbaubeiträge nach der alten Satzung zahlen. Das würde für sie teurer werden als nach der neuen.

"Im Interesse der Bürger hoffen wir natürlich, dass die Satzung nun endlich in Kraft gesetzt wird", so Steinbrück. Ihn wurmt es ein wenig, dass es bislang noch kein Gespräch mit Landrätin [Petra Enders](#) (Linke) zu diesem Thema gab, obwohl bereits im Februar darum gebeten worden war. Das Treffen soll in Kürze stattfinden, versicherte Eckhard Bauerschmidt, Pressesprecher des Landratsamtes.

Nicht nur die Gemeinde sei um eine Stellungnahme gebeten worden. Petra Enders habe sich auch mit einigen Gemeinderäten unterhalten und zugesagt, sich nochmals mit der Auslegung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zu befassen. Auch habe sie das Landesverwaltungsamt um eine Stellungnahme gebeten. Dieses Schreiben liege nun vor.

Petra Enders kehre in dieser Woche aus dem Urlaub zurück und werde umgehend einen Termin mit Vertretern des Amtes Wachsenburg vereinbaren, um über das weitere Vorgehen zu beraten, so Bauerschmidt.

Britt Mandler / 15.08.13 / TA

Z81D8EI050592

